

IA19 Europa in queerer Vielfalt geeint

Antragsteller*in: Marten Behrens (JEF Niedersachsen)
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Das Motto der Europäischen Union "In Vielfalt geeint" muss endlich auch für die
2 Vielfalt der sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten gelten.

3 Derzeit gibt es in vierzehn Mitgliedsstaaten der EU die gleichgeschlechtliche
4 Ehe (Niederlande, Belgien, Spanien, Schweden, Portugal, Dänemark, Frankreich,
5 Luxemburg, Irland, Finnland, Malta, Deutschland, Österreich und Slowenien), in
6 einigen weiteren immerhin (eingetragene) Partnerschaften, welche allerdings
7 teilweise kaum nennenswert gleichzusetzen sind mit der Ehe in den jeweiligen
8 Ländern (Estland, Griechenland, Zypern, Kroatien, Ungarn, Tschechien, Italien
9 und die Slowakei). In Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien haben
10 homosexuelle Paare keine Rechte auf eine Ehe oder eheähnliche Institutionen.
11 Besonders schwierig ist die rechtliche Lage einer möglichen Anerkennung dort, wo
12 durch die jeweilige Verfassung Vorbehalte gegenüber der gleichgeschlechtlichen
13 Ehe bestehen.¹ In heutiger Zeit sollte die rechtliche Gleichstellung von
14 sexuellen Orientierungen selbstverständlich sein. Es gibt keinen Grund, in einer
15 liberalen Gesellschaft Personen aufgrund des Geschlechtes der:des Partner:in die
16 Ehe zu verweigern.

17 Gleichzeitig ist die (staatliche) Ehe eine Institution, die veraltet ist. Die
18 Ehe ist als Instrument der patriarchalischen Gesellschaftsordnung eine
19 Maschinerie zur Unterdrückung von Frauen*. Instrumente wie das
20 Ehegattensplitting oder höhere Gehälter für Eheleute zeigen deutlich, dass diese
21 wie die Ehe aus dem Gedanken der traditionellen Geschlechterrollen entstanden
22 sind, in der Frauen von Männern abhängig sind und ihren Platz in der häuslichen
23 Umgebung finden sollen. Zwar verbesserte sich die Situation von Frauen, doch das
24 System blieb oftmals unverändert. Derzeit gibt es allerdings keine
25 Mehrheitlichen zur Abschaffung der Ehe.

26 Moderne Beziehungen sind vielfältig. Das traditionelle Bild von Beziehungen, die
27 aus zwei Personen bestehen, entspricht nicht mehr der gesellschaftlichen
28 Realität. Polyamouröse Beziehungen existieren, auch wenn diese durch die
29 Gesetzgeber kaum bis gar nicht anerkannt sind. Polyamorie darf aber nicht mit
30 der Vielehe gleichgesetzt werden, welche ein Instrument der Unterdrückung von

31 Frauen* ist. Es ist an der Zeit, dass auch einvernehmliche Beziehungen von mehr
32 als zwei Personen ihre Anerkennung finden in Gesellschaft und Politik.

33 In 8 Mitgliedsstaaten haben Trans*-Personen das Recht zur Selbstbestimmung ihrer
34 geschlechtlichen Identität (Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Luxemburg,
35 Malta, Portugal und Spanien)². In vielen Staaten, wie Österreich oder (noch)
36 Deutschland, sind häufig psychologische Gutachten oder andere Kriterien
37 notwendig, um Geschlechtseinträge und Namen anzupassen. In einigen Ländern ist
38 das ändern des Geschlechtseintrages überhaupt nicht möglich, wie in Ungarn³ oder
39 faktisch Rumänien⁴.

40 Die Anerkennung von nicht-binären Geschlechtsidentitäten ist in Europa noch
41 nicht weit verbreitet. So gibt es in Deutschland und Österreich die Möglichkeit
42 des Geschlechtseintrags „divers“. Darüber hinaus erkennen auch in der EU
43 Dänemark, Malta, Spanien und die Niederlande zumindest ein unbestimmtes
44 Geschlecht an.⁵ Hier zeigt sich noch viel Handlungsbedarf, die Anerkennung von
45 Geschlechtern jenseits von männlich und weiblich ist gesellschaftliche Realität.

46 Queere Personen erleben häufig Diskriminierungen und Gewalt. Besonders
47 beschämend sind staatliche Diskriminierung und offene Queerfeindlichkeit. So hat
48 Ungarn ein anti-LGBTQ+-Gesetz verabschiedet⁶ und in manchen Regionen in Polen
49 wurden „LGBT-Freie Zonen“ eingerichtet⁷. Durch EU-Kommission und Parlament
50 wurden zwar Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet bzw. die Einrichtung
51 kritisiert und diese in Teilen auch wieder zurückgenommen, doch das Vertrauen in
52 die Staaten bleibt erschüttert. Daneben gab es allein in Deutschland 2023 1.499
53 Vorfälle von Gewalt im Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung und 854 Fälle
54 im Bereich der Geschlechtsidentität.⁸ Insgesamt zeigt sich ein Problem der
55 Nichtanerkennung von queeren Leben durch Teile der Gesellschaft.

56 Die EU und Europa sind im internationalen Vergleich, trotz vieler Probleme,
57 recht Fortschrittlich, was die Rechte von LGBTQ+ angeht. Die Tendenz von
58 Gesellschaft und Politik geht oftmals in Richtung einer weiteren liberalen
59 Anerkennung von nicht heteronormativen/ cisgeschlechtlichen Leben. International
60 zeigen sich jedoch auch andere Tendenzen. Hervorzuheben sind hierbei
61 insbesondere Staaten, in denen gegen Homosexuellen die Todesstrafe verhängt
62 werden kann.⁹ Ein klarer Verstoß gegen die universellen Menschenrechte und -
63 würde.

64 Die Jungen Europäischen Föderalist:innen fordern daher:

- 65 1. Gleichgeschlechtliche Ehen in ganz Europa. Insbesondere in der EU müssen
66 gleichgeschlechtliche Paare zu denselben Bedingungen die Möglichkeit
67 haben, die Ehe einzugehen, wie verschiedengeschlechtliche Paare,
68 insbesondere darf es keine Unterschiede im Adoptions- und Elternrecht
69 geben. Nur eine eingetragene Partnerschaft ist als Ehe zweiter Klasse

- 70 inakzeptabel.
- 71 2. Die Ehe oder zumindest eine Art der Partnerschaft sollte für polyamouröse
72 Beziehungen eröffnet werden. Das klassische Bild von Beziehungen die nur
73 aus zwei Personen bestehen ist überholt, es ist ausschließlich eine
74 Angelegenheit der jeweiligen Partner:innen ob, mit wem und mit wie vielen
75 Personen sie eine einvernehmliche Partnerschaft und Ehe eingegangen
76 möchten, nicht die von staatlicher Institutionen.
- 77 3. Europaweit sollen trans* Personen das Recht erhalten, selbst über ihre
78 geschlechtliche Identität zu bestimmen, ohne erniedrigende Gutachten zur
79 „Feststellung“ des Geschlechts. Insbesondere volljährige Personen sollten
80 durch einfache Mitteilung gegenüber den Behörden ihre Geschlechtsidentität
81 ändern und Namen anpassen können.
- 82 4. Alle europäischen Staaten und die EU müssen zumindest eine dritte neutrale
83 Geschlechtsoption anerkennen. Wünschenswert ist darüber hinaus die freie
84 Wahl der Bezeichnung der eigenen Geschlechtsidentität oder das Weglassen
85 eines Eintrags in Dokumenten und Registern.
- 86 5. Mehr Schutz vor Gewalt und Diskriminierung von LGBTQ+-Personen. Der EU
87 sollten weitere Kompetenzen übertragen werden, um gegen Hass und Hetze
88 durch staatliche Institutionen in den Mitgliedsstaaten vorzugehen, wenn
89 die Staaten selbst nicht handeln wollen. Strafverfolgungsbehörden müssen
90 queerfeindliche Gewalt und Diskriminierung endlich ernst nehmen und aktiv
91 bekämpfen. Konversionstherapien müssen verboten werden.
- 92 6. Gesellschaftliche Anerkennung und Akzeptanz queren Lebens. Dabei ist
93 Gesellschaftliche Aufklärung ein entscheidender Aspekt, um
94 Queerfeindlichkeit zu bekämpfen. Vor allem in der Schule sollte es
95 Aufklärungsunterricht geben, in dem verschiedene sexuelle Orientierungen
96 und Geschlechtsidentitäten vermittelt werden. Insbesondere soll dabei auch
97 das Bedürfnis einer angemessenen sexuellen Aufklärung von queeren
98 Jugendlichen gerecht werden.
- 99 7. Eine queere Außenpolitik. Im Rahmen der gemeinsamen Außenpolitik der EU
100 soll sich diese für die internationale Durchsetzung der Rechte von LGBTQ+-
101 Personen einsetzen. Insbesondere die Kooperation und Unterstützung von
102 lokalen Aktivist:innen und Bewegungen sind dabei das Mittel der Wahl. Aber
103 generell sollte die Haltung von Partnern auf internationaler Ebene
104 Beachtung finden und es keine Zusammenarbeit mit queerfeindlichen Ländern
105 geben, insbesondere solchen in denen LGBTQ+-Peronen die Todesstrafe droht.
106 Bei EU-Erweiterungen muss die Rechtslage von LGBTQ+-Personen mehr beachtet
107 werden.

108 Quellen:

109 1:

110 [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2023/747896/EPRS_BRI\(2023\)747896_EN.p-](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2023/747896/EPRS_BRI(2023)747896_EN.pdf)
111 [df,](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2023/747896/EPRS_BRI(2023)747896_EN.pdf)

112 2: [de.euronews.com/2023/10/30/trans-rechte-in-europa-wo-steht-ihr-land,](https://de.euronews.com/2023/10/30/trans-rechte-in-europa-wo-steht-ihr-land)

113 3: [www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/ungarn-diskriminierung-von-trans-](https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/ungarn-diskriminierung-von-trans-personen-und-intersexuellen-das-wirft)
114 [personen-und-intersexuellen-das-wirft](https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/ungarn-diskriminierung-von-trans-personen-und-intersexuellen-das-wirft)

115 4: queeramnesty.ch/rumaenien-fuer-schuldig-befunden/

116 5: de.wikipedia.org/wiki/Drittes_Geschlecht

117 6: [www.zeit.de/politik/ausland/2023-04/ungarn-lgbtq-feindliches-gesetz-kritik-](https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-04/ungarn-lgbtq-feindliches-gesetz-kritik-menschenrechte)
118 [menschenrechte](https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-04/ungarn-lgbtq-feindliches-gesetz-kritik-menschenrechte)

119 7: [www.deutsches-polen-institut.de/blogpodcast/blog/lgbt-freie-zonen-in-polen-](https://www.deutsches-polen-institut.de/blogpodcast/blog/lgbt-freie-zonen-in-polen-fakten-und-zahlen/)
120 [fakten-und-zahlen/](https://www.deutsches-polen-institut.de/blogpodcast/blog/lgbt-freie-zonen-in-polen-fakten-und-zahlen/)

121 8: www.lsvd.de/de/ct/2445-Queerfeindliche-Gewalt

122 9: [www.fairplanet.de/story/in-welchen-laendern-werden-queere-menschen-mit-der-](https://www.fairplanet.de/story/in-welchen-laendern-werden-queere-menschen-mit-der-todesstrafe-bedroht/)
123 [todesstrafe-bedroht/](https://www.fairplanet.de/story/in-welchen-laendern-werden-queere-menschen-mit-der-todesstrafe-bedroht/)

Begründung

Erfolgt mündlich